

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	308
		TOP:	16
Verhandlung		Drucksache:	390/2017
		GZ:	JB/ T
Sitzungstermin:	11.07.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, BM Pätzold, Herr Holzer (HochbA), Herr Stöckle (SchulverwA)		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / de		
Betreff:	Körschtalschule, Stuttgart-Plieningen Konkretisierter Vorprojekt-/Projektbeschluss zur baulichen Erweiterung - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 30.06.2017, GRDRs 390/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Bericht über den Planungsverlauf seit Beschlussfassung des Vorprojektbeschlusses GRDRs 306/2015 wird Kenntnis genommen.
2. Der Weiterplanung eines Erweiterungsbaus auf dem Schulgrundstück der Körschtalschule in Modulbauweise zur Schaffung der erforderlichen Räume für die Ganztagesgrundschule und die Gemeinschaftsschule mit einer **Programmfläche von rd. 1.200 m²** und erwarteten Kosten in Höhe von **rd. 8,543 Mio. Euro brutto** wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung eines VgV-Verfahrens beauftragt. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, im Anschluss an das VgV-Verfahren die Vergabe der Planungsaufträge sowie die Weiterplanung der Maßnahme "Erweiterungsbau" bis zum Baubeschluss durchzuführen.
4. Die Gesamtkosten in Höhe von rd. 8,543 Mio. Euro werden im Teilfinanzhaushalt 400 – Schulverwaltungsamt – bei der Projektnummer 7.401162 ausgewiesen. Es

sind hierfür bereits 3,354 Mio. Euro bei der Projektnummer 7.401162 von der Finanzverwaltung bereitgestellt. Die Deckung der darüber hinaus gehenden Kosten in Höhe von 5,189 Mio. Euro erfolgt innerhalb des Teilhaushalts 400 – Schulverwaltungsamt – bei der Projektnummer 7.401906 – 2. Ausbaustufe Ganztageschule. Die benötigten finanziellen Mittel werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit auf das Projekt 7.401162 umgesetzt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Dr. Vetter (CDU) betont, mit dem Projekt habe man sich seitens des Gemeinderats intensiv beschäftigt, Varianten diskutiert, mit den Schulleitungen gesprochen, und am Ende eine Lösung zur Umsetzung aus dem Rat heraus entwickelt, der auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber auch der Schüler vor Ort eingegangen sei. Von Seiten der Verwaltung seien verschiedene Lösungsansätze mit dem Hinweis auf das Planrecht immer wieder verworfen worden. Was er jetzt in der Vorlage lese, bedeute, dass man sich das alles hätte sparen können, wenn im Vorfeld seitens der Verwaltung besser recherchiert worden wäre.

Das Positive an dieser Situation sei aber, dass in Plieningen an der Körschtalschule kein Interim benötigt werde, sondern gleich ein dauerhafter Erweiterungsbau in Modulbauweise erstellt werden könne, der später wieder zurückgebaut werde. Gelder würden daher nicht unnötig verbraucht. Er bitte um Auskunft, warum diese Lösung erst jetzt bekannt werde und um eine Gesamtaufstellung der Kosten der nun gefundenen Lösung ohne Interim.

Unterm Strich habe das Projekt doch eine sehr gute Entwicklung genommen, stellt StRin Munk (90/GRÜNE) fest. Die Hartnäckigkeit des Gemeinderats gegenüber der von der damaligen Verwaltungsspitze favorisierten Lösung habe sich gelohnt. Letztlich sei eine gute, einfachere und kostengünstigere Lösung gefunden worden. Ihre Fraktion unterstütze das Projekt. Für nächste Projekte könne man aus den Vorgängen lernen. StRin Munk erkundigt sich, ob die Schulleitungen die Lösung mittragen und bittet darum, auf eine ansprechende Fassadengestaltung beim Modulbau Wert zu legen.

Auch StRin Gröger (SPD) spricht von einer sehr guten Lösung, weil das Interim vermieden werden könne. Aus den "Irrungen und Wirrungen" könnten vielleicht Lehren für kommende Projekte gezogen werden. In Plieningen habe allerdings auch eine gewisse Diskussionsbreite bestanden, bei der es nicht immer einheitliche Meinungen über die Maßnahme zwischen den zwei betroffenen Schulen gegeben habe. Nun müsse man aber nach vorne schauen. Was die Fassade angehe, helfe notfalls auch eine Begründung.

StR Pantisano teilt mit, dass die Fraktionsgemeinschaft begrüßt, wie sich das Projekt entwickelt hat. Auch er hält es für notwendig, dass die Fassade ansprechend gestaltet wird und sich der Modulbau an die bestehenden Gebäude anpasst.

Die StRe Zeeb (FW), Brett (AfD) und Conz (FDP) schließen sich den Aussagen an.

BM Pätzold weist darauf hin, dass der entscheidende Punkt in Bezug auf das Planrecht gewesen sei, dass kein Landschaftsschutzgebietsänderungsverfahren benötigt werde. Es sei eine - nur selten angewandte - Einzelfallentscheidung getroffen worden mit einer Befreiung. Die damit verbundene große Zeitersparnis habe zu der vorgeschlagenen Lösung ohne Interim geführt.

Herr Holzer sagt zu, für die vorgesehene Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt und Technik am 18.07.2017 eine Auflistung der Kosten zusammenzustellen. Was die Gestaltung des Modulbaus angehe, so müsse berücksichtigt werden, dass man sich noch in einer sehr frühen Projektphase befinde. In der Vorlage dargestellt sei im Prinzip die Übertragung eines Moduls von der Pestalozzischule. Damit sei der Nachweis erbracht, dass ein solcher Baustein auf dem Areal realisierbar ist und trotzdem das Sportfeld noch weiter genutzt werden kann. Das bedeute nicht, dass der Architekt, der später dann am Werk sein werde, genau das Gleiche macht wie an der Pestalozzischule. Sicherlich werde es auch darum gehen, gestalterisch vernünftige Lösungen für die Anbindung an die bestehenden Schulgebäude zu finden.

Herr Stöckle ergänzt, beide Schulen seien zu beiden Prozessen, zum Neubau Mensa und zum Erweiterungs-Modulbau, eng eingebunden gewesen. Das werde insbesondere im Anhang zur Vorlage auch dargestellt. Der Körschtalschule sei es auch immer ein großes Anliegen gewesen, auf das Interim verzichten zu können.

BM Thürnau stellt abschließend fest:

Die GRDRs 390/2017 ist mit Erläuterungen zu verschiedenen Fragen eingebracht.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / de

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
HochbA
Garten-, Friedhofs- und Forstamt
weg. UTA, VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. BezA Plieningen-Birkach
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN